

Putins Krieg gegen die Ukraine

Fragen und Antworten

Putins Krieg gegen die Ukraine

Fragen und Antworten

Wir sind an einem Punkt in unserer Geschichte, von dem wir gehofft hatten, ihn nicht mehr erleben zu müssen: Es herrscht Krieg in Europa. Der russische Präsident Putin greift das zweitgrößte Land Europas an.

Putins schrecklicher Krieg in der Ukraine bestimmt seit dem 24. Februar 2022 das Weltgeschehen. Die Lage wird immer noch schlimmer. Die brutale russische Militärmaschinerie bombardiert täglich Wohnhäuser, Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser. Frauen, Jungen, Mädchen und Männer sind die unschuldigen Opfer von Putin und seinen Komplizen.

Uns allen muss klar sein: Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine führt Putin auch einen Krieg gegen die Demokratie und unsere Freiheit. Er will die EU schwächen. Auch wir sind Ziel dieses Angriffskrieges.

I. Putins Angriffskrieg: grundsätzliche Bewertung

Wie bewertet die Weltgemeinschaft den Angriffskrieg Putins?

Eine große Mehrheit der Länder der Erde verurteilt den aggressiven Angriff Putins auf die Ukraine. Die UN-Vollversammlung hat mit einer nie dagewesenen Mehrheit die Aggression verurteilt (141 dafür, 35 Enthaltungen und nur 5 Gegenstimmen). Allein Russland stimmte als Vetomacht im Sicherheitsrat gegen diese Resolution.

Wie ist die Position der CDU?

Für die CDU ist klar:

- Wir müssen und wir werden unsere Werte wie Frieden, Freiheit und Menschenwürde verteidigen.
- Unsere Gedanken sind in diesen dunklen Stunden bei den Menschen in der Ukraine. Ihnen gilt unsere Solidarität.
- Die Ansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Deutschen Bundestag war beeindruckend.

- Auch wenn Deutschland nicht jeden seiner Wünsche erfüllen kann, war beschämend, dass der direkt angesprochene Bundeskanzler Scholz darauf nicht geantwortet hat.

Wie sollte Deutschland aus Sicht der CDU reagieren?

Klar ist: Eine militärische Intervention der NATO in der Ukraine wird es nicht geben.

Aber wir müssen Russland eine sehr klare Antwort geben – diplomatisch, politisch und wirtschaftlich. Wir sehen schon nach den ersten Wochen, dass Sanktionen gegen Russland und seine Oligarchen Wirkungen entfalten. Weitere Sanktionen werden folgen. Dabei ist besonders wichtig, dass die freiheitliche Staatengemeinschaft in ihrer Reaktion zusammenbleibt.

Dürfen Waffen in die Ukraine geliefert werden?

Deutschland schickt grundsätzlich keine Waffen in Krisenregionen. Denn Waffen könnten als zusätzliche Provokation angesehen werden.

Anders und völkerrechtlich anerkannt, verhält es sich bei einem Staat, der widerrechtlich angegriffen wird, wie die Ukraine. Dieser darf ausdrücklich zur Selbstverteidigung entsprechend unterstützt werden. Nicht nur Deutschland, auch andere Staaten, liefern daher Abwehrwaffen an die Ukraine.

„Die CDU tritt dafür ein, dass die Ukraine zur Verteidigung notwendige Waffen und Waffensysteme bekommen sollte wie zum Beispiel Panzer und Abwehrraketen.

Wie steht die CDU zum Aufruf, keine schweren Waffen zu liefern?

Der Aufruf zum Verzicht auf Waffenlieferungen entspricht dem Regierungshandeln der letzten Wochen bis Ende April. Die Union hat sich dem Aufruf nicht angeschlossen.

Wir sind der Ansicht: Wir sollten der Ukraine auch weiterhin Hilfe zur Selbstverteidigung geben. Dabei darf Deutschland nicht Kriegspartei werden.

Wie kann eine politische Lösung für die Ukraine aussehen?

Derzeit kann es dazu keine verlässliche Antwort geben. Die Ukraine hatte ein Angebot unterbreitet: Rückzug der russischen Armee hinter die Kontaktlinie vom 24. Februar 2022.

Anschließend Verhandlungen führen. Davon sind wir weit entfernt. Verhandlungsansätze von UN-Generalsekretär Guterres, von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, von Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron wurden von Russland abgelehnt. Stattdessen intensiviert Russland die Angriffe weiter, greift Frauen und Kinder, sogar Flüchtlinge an.

Man muss zunächst die ukrainische Armee in die Lage versetzen, die Angriffe zurückzuschlagen und den russischen Vormarsch zu stoppen. Dann kann und muss verhandelt werden. Es muss eine diplomatische Lösung geben, eine militärische Lösung kann nicht dauerhaft sein.

Gibt es Chancen auf Frieden durch diplomatische Bemühungen mit Putin? Finden parallel zu den Waffenlieferungen auch Gespräche statt?

Es werden viele Versuche unternommen. Mit Putin wird regelmäßig gesprochen. Die Ergebnisse sind aber derzeit ohne Wirkung. Putin ist nicht einmal bereit, humanitäre Fluchtkorridore zu sichern. Stattdessen werden Krankenhäuser, Wohngebiete, Flüchtlinge angegriffen. Putin führt einen furchtbaren unmenschlichen Angriffskrieg. Er lässt sich durch Diplomatie nicht beeindrucken und ist für Gespräche nicht erreichbar.

Unsere deutsche Geschichte sagt uns: Nachgeben hilft nicht. Es kommt ggf. zu einem Punkt, an dem Diktatoren nur noch durch den Einsatz von Waffen gestoppt werden können. Das ist derzeit hier der Fall.

II. Die Rolle der NATO

Darf die NATO der Ukraine helfen und in den Krieg eintreten?

- Einige Staaten unterstützen die Ukraine durch Lieferung von Waffen, Ausrüstung oder anderen Hilfen. Wir sagen klar und deutlich: Mittel zu liefern, mit denen sich die Ukraine verteidigen kann, ist legitim und wichtig. Das wird fortgeführt.
- Einen Kriegseintritt von Seiten der NATO wird es nicht geben.
- An die Adresse des russischen Aggressors gerichtet sagen wir aber sehr klar und deutlich: Wir werden das NATO-Territorium vor Übergriffen Russlands schützen.

Warum setzt die NATO keine Flugverbotszone durch?

Richtig ist: Die Ukraine möchte eine Flugverbotszone über ihrem Gebiet. Das könnte vor Angriffen aus der Luft schützen.

Eine Flugverbotszone bedeutet aber auch: Verstöße, also Überflüge über die Ukraine, müsste die NATO mit Kampfflugzeugen kontrollieren und ggf. ahnden. Tut die NATO genau das, würde die NATO in den Krieg hineingezogen.

Putin sagt: Der Westen und die NATO tragen Schuld am Krieg. Stimmt das?

Dass die EU oder die NATO am Krieg Schuld tragen, ist absurd! Die freiheitliche Welt hat Russland nicht bedroht.

- Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis. Das weiß Putin auch!
- Putin hat in Wahrheit Angst, dass die Russen in Freiheit und Demokratie leben wollen und die Ukraine dafür Vorbild sein könnte.

Wurde die NATO gegenüber Russland vertragsbrüchig?

Putin behauptet, die NATO habe zugesichert, sich nie nach Osten auszudehnen.

Richtig ist: Eine solche Zusicherung gegenüber Russland wurde gefordert, aber niemals vereinbart.

Nach internationalem Völkerrecht und der OSZE-Charta für ein neues Europa, der auch Russland verbindlich zugestimmt und die es ratifiziert hat, darf ein souveräner Staat über seine Bündniszugehörigkeiten selbst entscheiden. Die Ukraine hat ein Interesse am NATO-Beitritt. Das ist legitim. Doch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine steht auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung.

III. Die Verantwortung der Ukraine

Trägt die Ukraine Mitschuld am Krieg?

Die Ukraine wurde ohne Anlass von Putins Militär überfallen. Die von Putin geäußerten Vorwürfe sind widersprüchlich, falsch und haltlos. Die Aussage, dass es sich bei der ukrainischen Führung um Nazis handeln würde, ist infam. Der ukrainische Präsident ist selbst Jude.

Das, was das ukrainische Volk in großer Mehrheit will, ist Demokratie in westlichem Werteverständnis. Die Ukraine näherte sich in Folge der Maidan-Revolution von 2013/14 immer stärker der freiheitlichen Welt an. Es gab drei friedliche und demokratische Machtwechsel durch Wahlen in der Ukraine.

Was passierte in der Ostukraine?

Von Russland unterstützte Separatisten haben vor acht Jahren Gebiete im Osten der Ukraine de facto abgetrennt. Sie haben trotz Waffenstillstandsvereinbarungen immer wieder Angriffe auf das Territorium der Ukraine gestartet. Russland hat in der Zeit Millionen von russischen Pässen verteilt, mit denen die Bevölkerung soziale Leistungen erhalten konnten, die sie von der ukrainischen Regierung nicht mehr beziehen durften.

Der von Putin behauptete Genozid, also Völkermord ist ein Hirngespinnst. Die Behauptung ist lediglich ein Vorwand, um seinen Angriffskrieg auf die Ukraine gegenüber der russischen Bevölkerung zu rechtfertigen.

Stimmt es, dass die Ukraine Teil Russlands ist – und nicht selbständig?

Die Ukraine war schon im Mittelalter ein eigenständiges Fürstentum. Unter den Zaren wurde sie erobert. Die moderne Ukraine wurde 1917 gegründet und war ab 1919 Teil der UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken) – so, wie Kasachstan, Georgien, Armenien und zahlreiche andere mehr. 1991 wurde die Ukraine wieder unabhängig, nachdem Russland selbst aus der Sowjetunion ausgetreten ist. Russland hat seitdem in mehreren Verträgen die Ukraine als selbständigen Staat anerkannt.

IV. Verantwortung und Folgen für uns

Hat der Westen zu lange gegenüber Putins Regime und seinen Taten geschwiegen?

Im Nachhinein können wir feststellen, dass der europäische Weg zum Umgang mit Putin nicht erfolgreich war. Das hat mehrere Gründe:

- Putin hat sich lange verstellt. Vor dem Deutschen Bundestag verkündete er 2001: Der Kalte Krieg ist vorbei. Russland will eine Demokratie aufbauen.
Das wollten viele gerne glauben.

- Selbst als Putin mit dem Krieg 2008 gegen Georgien und der Annektierung der Krim 2014 seine andere Seite zeigte, hoffte der Westen, mit Diplomatie und Wirtschaftsbeziehungen das Interesse Russlands an friedlicher Zusammenarbeit zu sichern.
- Das erwies sich am Tag des Angriffs Putins auf die Ukraine als ein Fehltriteil. Putin stellte die kriegerische Eroberung der Ukraine vor die Interessen seiner eigenen Bevölkerung.
- Durch diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg hat eine neue Ära begonnen. Die freiheitliche Welt muss mit harten Maßnahmen reagieren. Gleichzeitig steht fest: Nur durch Wehrhaftigkeit lässt sich Russland von einem Angriff auf NATO-Bündnispartner abschrecken.
- Nicht zuletzt durch die harten Wirtschaftssanktionen zeigt die westliche Wertegemeinschaft aus EU, Nordamerika und vielen anderen, dass sie einträchtig und wehrhaft ist.

Ist der jetzige Konflikt Ergebnis früherer Politik?

Im Nachhinein können wir feststellen, dass der europäische Weg zum Umgang mit Putin nicht erfolgreich war. Richtig ist: Durch Handel mit Russland wollte man auch einen politischen Wandel hin zu mehr Demokratie befördern. Russland sollte dazu enger an die EU angebunden werden.

Die CDU hat Putin nie als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet. Regierungsvertreter der CDU hatte regelmäßig bei ihren Russlandbesuchen mit Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten. Der schleichende Abbau von Demokratie und Freiheit in Russland wurde immer deutlich angesprochen. Und die CDU hat gegen den Widerstand der SPD in den Jahren der Großen Koalition seit 2014 auf die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes Richtung 2 Prozent-Ziel der NATO bestanden.

Werden die Maßnahmen gegen Russland auch für uns teuer?

Die verhängten Sanktionen werden Russland härter treffen als uns. Aber auch wir werden sie spüren. Wir stehen vor allem vor der Herausforderung, unseren Energiebedarf zu sichern und gleichzeitig so rasch wie möglich von russischen Energielieferungen unabhängig zu werden.

Die CDU wird auch hier das konstruktive Miteinander mit der Bundesregierung suchen. Die CDU wird die Bundesregierung auch mahnen, wenn sie nicht entschlossen genug vorgeht. Denn es geht in der Konsequenz um unsere Freiheit, unsere Demokratie und unsere Grundwerte.

Warum hat die CDU nur auf eine einseitige Rohstoffversorgung gesetzt?

Bisher galt immer: Russland liefert Öl und Gas verlässlich und günstig. Das war auch während der Zeit des Kalten Krieges so. Die Lieferwege waren diversifiziert, mit Pipelines über die Ostsee, über Polen und über die Ukraine. Zudem ist der Transport von Öl und Gas über Pipelines im Allgemeinen sauberer und mit weniger Risiko verbunden als Transporte von Öl oder Flüssiggas (LNG) mit Tankschiffen.

Warum wurden bisher keine Flüssiggasterminals in Deutschland gebaut?

Seit einigen Jahren wird die Energiewende in Deutschland vorangetrieben. Damit erfolgt der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien. Die derzeitigen Energieträger Gas, Öl und Kohle galten damit als Übergangslösungen; der Bau neuer teurer LNG-Terminals schien nicht dringlich.

Diese sind notwendig, um Transporte aus anderen Quellen per Tanker direkt in Deutschland anlanden zu können. Zudem sollten sie auch für den Import von grünem Wasserstoff geeignet sein. Erst mit der Neuausrichtung der Energiepolitik wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine wurde der Bau dieser Terminals auch in Deutschland notwendig.

V. Bundeswehr / Verteidigung

Wie steht es um die Bundeswehr?

Bei der Bundeswehr haben wir in Deutschland zu lange gespart. Erst unter der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wurde nach der russischen Annexion der Krim 2014 eine notwendige Trendwende bei Personal, Ausstattung und Finanzierung eingeleitet – gegen den Widerstand der SPD. Seither ist der Verteidigungshaushalt deutlich gestiegen.

Wie kann man die Bundeswehr modernisieren? Wird die CDU dafür eintreten?

Die CDU bekennt sich zu einer Mitverantwortung dafür, dass der Zustand der Bundeswehr so ist, wie er ist. Aber wir tragen die Verantwortung nicht allein. Aus der gemeinsamen

Verantwortung heraus wollen wir es – wenn möglich – gemeinsam besser machen. Dazu braucht es eine dauerhafte Anhebung des Verteidigungsetats. Die ausgabenschwerpunkte müssen zugunsten der Ausstattung verschoben werden.

Die SPD hat über Jahre hinweg gegen höhere Verteidigungsausgaben argumentiert. Auch der damalige Finanzminister Scholz hat Entscheidungen zugunsten der Bundeswehr abgeblockt und liegen gelassen.

Wie steht die Union zum geplanten Sondervermögen für die Bundeswehr?

Die Union ging nach der Rede des Bundeskanzlers davon aus, dass der Verteidigungsetat dauerhaft auf mindestens 2 Prozent des BIP angehoben werden sollte. Zusätzlich sollten 100 Milliarden Euro als Sondervermögen für besonders dringende Anschaffungen bereitgestellt werden. Diesen Ansatz unterstützen CDU und CSU.

Jetzt wollen die Regierungsparteien nur ein Sondervermögen einrichten. Dazu reichen nicht einmalige neue Schulden. Das Finanzierungsdefizit von 20 Milliarden Euro wäre dann nach 5 Jahren wieder vorhanden.

Für uns ist wichtig, dass wir die Bundeswehr ausreichend finanzieren. Dazu braucht es eine nachhaltige Finanzierung und Finanzierungssicherheit im Verteidigungsetat. Das sind auf Dauer mehr als 2 Prozent.

Brauchen wir wieder die Wehrpflicht?

Immer wieder wird gefordert, die Bundeswehr wieder zu einer Wehrpflichtarmee zu machen. Das ist diskutabel, aber im Moment nicht zielführend. Eine Rückkehr zur allgemeinen Einberufung wird es kurzfristig nicht geben können. Das wird sehr schwierig. Es braucht dann 700.000 Dienstplätze bei Bundeswehr oder bei Ersatzdiensten. Diese gibt es derzeit nicht. Für die modernen Waffensysteme braucht man zudem professionellen Berufssoldaten mit einer langjährigen Ausbildung.

Die CDU diskutiert derzeit darüber, die freiwilligen Dienste insgesamt attraktiver zu machen – z. B. durch Vorteile für eine Zulassung zum Studium. Das gilt dann für Wehrdienst und soziale oder ökologische Dienste.

Soll es eine Verteidigungsunion und sogar eine gemeinsame EU-Armee geben?

Richtig ist: Es muss in Europa gemeinsam geplant und eingekauft werden. Die Ausrüstung muss gepoolt und zusammengebracht werden. Zusammenarbeit braucht gleiche Systeme. Dann kann perspektivisch auch eine gemeinsame EU-Verteidigungspolitik entstehen, die EU zur Verteidigungsunion werden. Dann kann – vielleicht – am Ende eine gemeinsame Armee entstehen.

Richtig ist auch: Die Debatte muss jetzt geführt werden.

VI. Unsere Kritik an der Bundesregierung

Keine Führung: Der Kanzler ist zögerlich.

Klar ist: Ein Kriegseintritt oder Aktionen, mit denen die NATO hineingezogen werden könnte, kommen nicht in Frage. Einschneidende Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle sind aber erforderlich. Leider wirkt die Bundesregierung uneins und laviert:

- Sie ist zögerlich bei der Verschärfung der Sanktionen.
- Sie zaudert beim Streben nach weniger Energieimporten aus Russland.
- Sie ist hinhaltend bei weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine.
- Der Bundeskanzler – von dem wir in diesen Tagen Führung erwarten – führt nicht. Der Kontrast zum führungsstarken Präsidenten Selenskij könnte nicht größer sein.

Bundeswehr: Teile der SPD und der Grünen stellen die 100-Milliarden-Zusage in Frage.

Drei Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, hat der Kanzler vollmundig ein Sondervermögen für die Bundeswehr angekündigt: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des BIP in unsere Verteidigung investieren.“ Diese Zusage des Bundeskanzlers wird aus den Reihen der SPD und Grünen in Frage gestellt – denn jetzt geht es auf Druck aus den eigenen Reihen nicht mehr ausschließlich um die Bundeswehr. Da hat der SPD-Parteivorstand wohl die bestellte Führung storniert. Die Vollausrüstung der Bundeswehr stehen in weiter Ferne, wenn sich hier wieder einmal die naiven Schönwetterpolitiker von SPD und Grünen durchsetzen sollten.

Bundeswehr: Keine 2 Prozent, der Verteidigungsetat bleibt zu niedrig.

Der Verteidigungshaushalt liegt gegenwärtig bei 50 Milliarden Euro im Jahr. Zwei Prozent des BIP sind gut 70 Milliarden Euro. Wir sprechen also über eine jährliche Deckungslücke

von rund 20 Milliarden Euro. Das vorgesehene „Sondervermögen Bundeswehr“ würde demnach rein rechnerisch gerade einmal fünf Jahre ausreichen, um die Bundeswehr ausreichend zu finanzieren. Die Ampelkoalition hat sich festgelegt, an den regulären 50 Milliarden des Verteidigungshaushaltes nicht zu rütteln, notwendige Anschaffungen ausschließlich aus dem „Sondervermögen“ zu finanzieren. Damit wären wir spätestens 2027 wieder in demselben Dilemma wie heute, nämlich einer strukturell unterfinanzierten Bundeswehr.

Finanzen: Die Bundesregierung versagt bei Schwerpunktsetzung.

Der neue Haushalt der Bundesregierung hat keinen politischen Gestaltungsanspruch. Stattdessen werden immer neue Kredite aufgenommen – neue Schulden gemacht. Das Motto: Immer weiter oben draufpacken.

Es ist richtig, dass die veränderte Lage zu neuen Prioritäten führen muss. Priorisieren heißt aber auch, sagen zu müssen, was künftig so nicht mehr geht.

Registrierung: Die Bundesregierung versagt beim Schutz ukrainischer Flüchtlinge.

Es gibt erhebliche Mängel bei der Anmeldung von Kriegsflüchtlingen. Bei der Anmeldung geht es nicht um einen bürokratischen Akt – deshalb sind die bürokratischen Ausflüchte der zuständigen Ministerinnen so unerträglich. Es geht um Menschen, es geht um Schutz, es geht um eine sichere Unterkunft und medizinisch-therapeutische Versorgung. Die Frauen und Kinder suchen Schutz. Diesen Schutz darf die Bundesregierung nicht weiter privatisieren.

VII. So können wir helfen

Welche politischen Forderungen stellt die CDU?

Die CDU-Vizevorsitzenden Silvia Breher und Karin Prien haben einen Masterplan erarbeitet. Dieser wurde von der CDU/CSU-Fraktion als Antrag im Bundestag eingebracht. Die Organisation ist Aufgabe der Bundesregierung. Das sind die wichtigsten Punkte:

I. Ankunft sicher gestalten, Registrierung sicherstellen

1. Ankommende Frauen erhalten eine SIM-Karte mit Startguthaben zur Kontaktaufnahme mit Freunden und Angehörigen.
2. Sie alle werden systematisch registriert – zu ihrem eigenen Schutz.

3. Die Verteilung erfolgt gleichmäßig innerhalb Deutschlands und der EU.
4. Eine Task Force der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern unter Leitung des BKA sorgt für gezielte, niedrigschwellige Aufklärung zum Schutz vor Missbrauch.

II. Gute Unterbringung und Eingewöhnung ermöglichen

5. Die Verteilung auf staatliche und private Unterkünfte muss besser organisiert und abgestimmt werden.
6. Ehrenamtliche Helfer bekommen mehr Unterstützung – vom Patenschafts-Programm bis zur Unterstützung für die Tafeln und anderen ehrenamtliche Angebote.
7. Die Flüchtlinge bekommen gesundheitliche Erstuntersuchung vor Ort und Unterstützung zur Bewältigung psychischer Belastungen.
8. Die Ankommenden müssen die Möglichkeit zur Religionsausübung erhalten.

III. Bildung, Betreuung und Integration frühzeitig und umfassend angehen

9. Integrations- und Sprachkurse müssen auch für Mütter mit Kindern möglich sein.
10. Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen möglichst schnell in Kita und Schule integriert werden, um auch die deutsche Sprache zu erlernen.
11. Für mehr Fachkräfte in Kitas und Schulen sollen Ukrainer eingebunden und ausgeschiedene deutsche Erzieher und Lehrer reaktiviert werden.
12. Ukrainische Kinder und Jugendliche sollen Startchancen in Bildungs-, Freizeit- und Sportangeboten bekommen.

Welche humanitäre Hilfe gibt es für die Ukraine?

Deutschland hilft den Menschen. Insbesondere die Zivilbevölkerung gilt es international zu schützen.

- Flüchtlinge werden in der EU – zunächst vor allem in Polen – offen aufgenommen.
- Die Aufnahmebereitschaft in Deutschland ist beeindruckend.
- Jetzt gilt, Geflüchtete in Deutschland gut zu verteilen und den Kommunen zu helfen.
- Die Deutsche Bahn schickt Züge mit Hilfsgütern.

Wie kann ich selbst helfen?

Auch als CDU können wir in den Städten und Gemeinden des ganzen Landes bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung dieser Flüchtlinge helfen. Sie können sich

bestehenden Hilfseinrichtungen wie dem Deutschen Roten Kreuz anschließen und dort Ihre Hilfe anbieten oder aber mit der CDU vor Ort eigene Hilfe organisieren und anbieten. Zahlreiche Mitglieder, Orts- und Kreisverbände unserer Partei haben damit bereits begonnen. Hier einige Beispiele aus den bereits aktiven Verbänden:

- Aufbau und Bereitstellung von Unterkünften
- Sprachmittler
- Organisation und Hilfe Schulunterricht
- Gesprächsangebot / Beratungsangebot
- Begleitung bei Behördengängen
- Kinderbetreuung
- Sport / Freizeit
- Therapeutische Angebote
- Ärztliche Angebote
- Corona-Tests
- Unterstützung bei der Tafel und bei Essensausgabestellen

Wo kann ich spenden?

Die weltweite Anteilnahme und Solidarität mit der Ukraine sind groß. Viele Menschen in Deutschland fragen sich, wie auch sie den Ukrainerinnen und Ukrainern helfen können. Daher haben wir eine Reihe von Unterstützungsmöglichkeiten von anerkannten Hilfsorganisationen zusammengestellt.

Geldspenden für die Ukraine

- ***Aktion Deutschland Hilft & Bündnis Entwicklung Hilft:***

Stichwort: ARD/ Nothilfe Ukraine

IBAN: DE53 200 400 600 200 400 600

BIC: COBADEFFXXX

- ***Deutsches Rotes Kreuz:***

Stichwort: Nothilfe Ukraine

IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07

BIC: BFSWDE33XXX

- **Diakonie Katastrophenhilfe:**

Projekt Ukraine Krise

IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02

BIC: GENODEF1EK1

- **Caritas International:**

Spendenzweck: Nothilfe Ukraine-Krieg

IBAN: DE88 6602 0500 0202 0202 02

BIC: BFSWDE33KRL

- **Unicef:**

Spendenzweck: Ukraine Nothilfe

IBAN: DE57 3702 0500 0000 3000 00

BIC: BFSWDE33XXX

- **Save the Children:**

Spendenzweck: Für Kinder in der Ukraine und Nachbarländern

IBAN: DE92 1002 0500 0003 2929 12

BIC: BFSWDE33BER

Sachspenden

Das Sammeln und der Transport von Sachspenden wird deutschlandweit von vielen Vereinen und Unternehmen organisiert. Was und wo gesammelt wird, ist dadurch lokal sehr unterschiedlich. Gebraucht werden aber in jedem Fall Medikamente, wärmende Kleidung, haltbare Lebensmittel, Hygiene-Artikel.

Wenn Sie Sachspenden abgeben wollen, informieren Sie sich am besten lokal, welche Anlaufstellen es in Ihrer Umgebung gibt und nehmen Sie gegebenenfalls Kontakt zu den Helfern auf. Unter anderem schickt das Deutsche Rote Kreuz große Hilfstransporte in Richtung Ukraine. Zudem gibt es in vielen Städten und Gemeinden Ukrainische Vereine, die derzeit um Sachspenden bitten. Außerdem rufen auch viele Kirchengemeinden zu Spenden auf.

Aktion der Jungen Union: Helden helfen

Bereits seit vielen Jahren hat die Junge Union freundschaftliche Kontakte zu ukrainischen Nachwuchspolitikerinnen und Nachwuchspolitikern. Viele von ihnen befinden sich nun im

Kampf gegen die russische Armee. Die JU organisiert nun mit ihren Partnern in Rumänien und der Ukraine einen Hilfstransport und sammelt Spenden.
Alle Informationen zur Aktion „Helden helfen“ finden Sie [hier](#).

Stand: 04. Mai 2022